

Entwicklung der Staats- und Kommunalfinanzen im Jahr 2003

1. Staatsfinanzen

Das Volumen der kassenmäßigen Ausgaben des Landes Niedersachsen hat sich im Jahr 2003 kaum verändert. Nach deutlichen Wachstumsraten in den Vorjahren blieben die „Bereinigten Gesamtausgaben“ im Jahr 2003 mit 22 181 Mio. Euro nahezu auf dem Stand des Vorjahres; sie sanken um 5 Mio. Euro, was sich nicht merklich auf die Veränderungsrate auswirkte. Bei den Ausgaben der laufenden Rechnung betrug der Rückgang 0,2 %. Im Gegensatz dazu stiegen die Ausgaben der Kapitalrechnung. Nach einer kräftigen Reduzierung im Vorjahr wurde im Jahr 2003 eine leichte Erhöhung um 1,3 % vorgenommen.

Die kassenmäßigen Einnahmen des Landes konnten im Jahr 2003 erstmals seit zwei Jahren wieder verbessert werden. Mit 19 128 Mio. Euro lagen die „Bereinigten Gesamteinnahmen“ um 4,0 % über dem Betrag des Vorjahres. Dabei stiegen sowohl die Einnahmen der laufenden Rechnung (+ 2,5 %) als auch die Einnahmen der Kapitalrechnung (+ 36,5 %). Gemessen an den Gesamteinnahmen überwogen die nur mäßig erhöhten laufenden Einnahmen mit großem Abstand, so dass die positive Gesamtentwicklung dadurch etwas abgeschwächt wurde.

Anstieg der Personalausgaben

Die Ausgaben der laufenden Rechnung (s. Tabelle 1) erreichten im Jahr 2003 einen Betrag von 19 907 Mio. Euro. Sie machten damit fast 90 % der „Bereinigten Gesamtausgaben“ aus. Wichtigste Ausgabeposition waren erwartungsgemäß wiederum die Personalausgaben in Höhe von 8 669 Mio. Euro. Sie stiegen überdurchschnittlich um 2,3 %. Dadurch erhöhte sich ihr Anteil an den „Bereinigten Gesamtausgaben“ von 38,2 % im Jahr 2002 auf 39,1 % im Jahr 2003. Die Ausweitung der Personalausgaben war vor allem auf deutlich gewachsene Versorgungsbezüge (+ 3,4 %) zurückzuführen. An Löhnen und Gehältern zahlte das Land um 2,0 % höhere Beträge als im Vorjahr. Einen beträchtlichen Anteil an den Gesamtausgaben erreichten ebenfalls die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke mit einem kassenmäßigen Gesamtbetrag von 7 564 Mio. Euro. Damit lagen sie um 238 Mio. Euro oder 3,0 % unter dem Stand des Vorjahres. Den größten Anteil an dieser Ausgabeart nahmen mit 4 058 Mio. Euro die Zuweisungen und Erstattungen an den öffentlichen Bereich, insbesondere an Gemeinden und Gemeindeverbände, ein. Auch Zahlungen an Einrichtungen, die aus dem Landeshaushalt ausgegliedert wor-

1. Kassenmäßige Ausgaben des Landes im Jahr 2003 (vorläufiges Ergebnis)

Art der Ausgaben	Mio. €	€ je Einwohner	Veränderung zum Vorjahr in %
Personalausgaben	8 669	1 085	+2,3
Laufender Sachaufwand	1 384	173	-1,5
Zinsausgaben	2 290	287	+1,4
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke ¹⁾	7 564	947	-3,0
dar. an öffentlichen Bereich	4 058	508	-6,5
an Unternehmen ²⁾	2 062	258	-4,0
an soziale o.ä. Einrichtungen	491	61	+18,3
Sozial- und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen ³⁾	780	98	+8,3
Ausgaben der laufenden Rechnung	19 907	2 492	-0,2
Sachinvestitionen	401	50	-2,4
Erwerb von Beteiligungen	- 4	- 1	x
Vermögensübertragungen	1 781	223	+1,3
dar. an öffentlichen Bereich ⁴⁾	908	114	+26,1
an andere Bereiche ²⁾	873	109	-15,9
Gewährung von Darlehen	35	4	+38,4
Schuldentilgung an öffentl. Bereich	62	8	+13,6
Ausgaben der Kapitalrechnung	2 274	285	+1,3
Bereinigte Gesamtausgaben	22 181	2 776	-0,0
nachr.: Finanzierungssaldo	-3 053	- 382	x
Besondere Finanzierungsvorgänge	3 499	438	+46,9
dar. Schuldentilgung an Kreditmarkt	3 182	398	+34,1

¹⁾ Einschl. allgem. Zuweisungen, Schuldendiensthilfen, sowie Erstattungen an öffentl. Bereich.

²⁾ Einschl. der aus dem Landeshaushalt ausgegliederten Einrichtungen, z. B. Hochschulen.

³⁾ Einschl. Zahlungen nach dem Wohngeld- bzw. Unterhaltsvorschussgesetz.

⁴⁾ Zuweisungen für Investitionen.

den sind, wie z.B. Hochschulen und Fachhochschulen, fallen unter die Position „Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke“. Da es im Jahr 2003 keine weiteren Ausgliederungen von Hochschulen aus dem Landeshaushalt gab, sind diese Zahlungen nicht – wie in den beiden Vorjahren – ausgeweitet worden. Der öffentliche Bereich (Schwerpunkt kommunale Ebene) erhielt um 6,5 % geringere Finanzmittel; die geförderten Unternehmen einschl. der ausgegliederten Einrichtungen mussten mit 4,0 % geringeren Beträgen auskommen.

Im Verhältnis zu den bisher aufgeführten Zahlungen erscheinen die Ausgaben an soziale o. ä. Einrichtungen mit 491 Mio. Euro als gering, auch wenn diese Beträge im Vorjahresvergleich um 18,3 % erhöht wurden. Von größerem Gewicht waren dagegen die Sozial- und sonstigen Geldleistungen an natürliche Personen einschl. der Zahlungen nach dem Wohngeld- bzw. Unterhaltsvorschussgesetz. Auch diese Ausgaben wurden ausgeweitet, und zwar auf 780 Mio. Euro oder um 8,3 % im Vorjahresvergleich.

Ein weiterer großer Teil der laufenden Ausgaben entfiel auf die Zinsausgaben. Sie nahmen im Jahr 2003 um 1,4 % auf 2 290 Mio. Euro zu, was pro Einwohner 287 Euro ausmachte. Der laufende Sachaufwand bildet den Rest der stetig anfallenden Ausgaben. Zum Sachaufwand gehören u.a. Ausgaben für die Gebäudeunterhaltung, die Bewirtschaftung der Grundstücke, den Geschäftsbedarf, Mieten und Pachten u. Ä. Insgesamt wurden im Jahr 2003 hierfür 1 384 Mio. Euro aufgewendet, 21 Mio. Euro oder 1,5 % weniger als im Jahr 2002.

Sachinvestitionen weiter zurückgeführt

Während das Volumen der laufenden Ausgaben – zumindest kurzfristig – nicht durchgreifend abgesenkt werden kann, lassen sich die Ausgaben der Kapitalrechnung eher verändern. Das Land Niedersachsen hat im vergangenen Jahr hier jedoch insgesamt keine Einsparungen vorgenommen, sondern in diesem Teilbereich höhere Ausgaben als im Vorjahr getätigt. Allerdings war der Anstieg mit + 1,3 % äußerst gering, wobei die einzelnen Positionen sehr unterschiedliche Veränderungsraten – sowohl positive, als auch negative – aufwiesen.

Die gestiegenen Ausgaben der Kapitalrechnung insgesamt beruhten vor allem auf verstärkten Vermögensübertragungen in Form von Investitionszuweisungen und -zuschüssen an öffentliche und andere Bereiche. Auf sie entfielen 1 781 Mio. Euro (+ 1,3 %), was fast 80 % aller Ausgaben der Kapitalrechnung ausmachte. Hierunter fallen auch Zuschüsse an Unternehmen und die aus dem Landeshaushalt ausgegliederten Einrichtungen, insbesondere Hochschulen und Fachhochschulen. Sie mussten im vergangenen Jahr beträchtliche Kürzungen (- 15,9 %) hinnehmen. Die Vermögensübertragungen und Zuweisungen für Investitionen im öffentlichen Bereich wurden dagegen um 26,1 % ausgeweitet, insbesondere wegen der Einzahlung in den Fonds „Aufbauhilfe“ nach dem Flutopfersolidaritätsgesetz.

Für eigene Sachinvestitionen gab das Land dagegen weniger Geld aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden die Mittel wiederum reduziert, und zwar um 10 Mio. Euro (- 2,4 %) auf 401 Mio. Euro. Bereits in den Jahren 2001 und 2002 hatte das Land weniger Mittel für eigene Investitionen zur Verfügung gestellt. Die Gewährung von Darlehen erhöhte sich zwar im Vorjahresvergleich um 10 Mio. Euro (+ 38,4 %), mit einem Absolutbetrag von 35 Mio. Euro spielte sie jedoch – gemessen an den anderen Ausgabepositionen – keine wesentliche Rolle. Von geringer Bedeutung war ebenfalls die Schuldentilgung an den öffentlichen Bereich. Sie nahm zwar gegenüber 2002 um 13,6 % zu, erreichte aber nur einen Betrag von 62 Mio. Euro.

2. Kassenmäßige Einnahmen des Landes im Jahr 2003 (vorläufiges Ergebnis)

Art der Einnahmen	Mio. €	€ je Einwohner	Veränderung zum Vorjahr in %
Steuereinnahmen ¹⁾	13 608	1 703	+1,8
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke ²⁾	3 096	388	+5,7
dar. von Bund und Ländern	2 375	297	+6,9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	874	109	+3,4
Gebühren, sonstige Entgelte	88	11	+9,5
Übrige Einnahmen der lfd. Rechnung	376	47	-2,5
Einnahmen der laufenden Rechnung	18 042	2 258	+2,5
Veräußerung von Vermögen	306	38	x
Vermögensübertragungen	667	83	-1,1
dar. von Bund und Ländern ³⁾	543	68	+1,6
Rückflüsse von Darlehen	105	13	+12,5
Schuldenaufnahme vom öffentl. Bereich	8	1	-40,8
Einnahmen der Kapitalrechnung	1 086	136	+36,5
Bereinigte Gesamteinnahmen	19 128	2 394	+4,0
Besondere Finanzierungsvorgänge	5 841	731	+26,2
dar. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	5 810	727	+26,0

¹⁾ Einschl. steuerähnli. Abgaben (= 180,7 Mio. €).

²⁾ Einschl. allgem. Zuweisungen, Schuldendiensthilfen und Erstattungen.

³⁾ Zuweisungen für Investitionen.

Positive Entwicklung des Steueraufkommens

Die weitaus wichtigste Einnahmequelle des Landes waren auch im Jahr 2003 erneut die Steuern. Sie erbrachten insgesamt einen Betrag von 13 608 Mio. Euro (siehe Tabelle 2). Nach zwei Jahren rückläufiger Entwicklung konnten wieder Zuwächse erzielt werden. Insgesamt verbesserte sich das Ergebnis gegenüber 2002 um 1,8 %. Dabei sind die steuerähnlichen Abgaben – wie z.B. von Spielbanken – in Höhe von 180,7 Mio. Euro mit berücksichtigt worden. Ohne diese Abgaben verfügte das Land im Jahr 2003 über 13 427 Mio. Euro (+ 2,0 %) an Einnahmen aus Steuern (s. Tabelle 3).

Die Einnahmen aus den sog. „Gemeinschaftsteuern“, bei denen sich der Bund und die Länder – einschließlich der Gemeinden – das Steueraufkommen teilen, stiegen überdurchschnittlich um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr und erreichten einen Betrag von 11 798 Mio. Euro. Im Wesentlichen war diese positive Entwicklung auf Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer und der Körperschaftsteuer zurückzuführen. Auch die Gewerbesteuerumlage gewann als Einnahmequelle an Bedeutung.

Unter Einbeziehung der steuerinduzierten Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich (LFA) und aus den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) verbesserte sich die finanzielle Situation im Vorjahresvergleich um 2,6 %. Die Sum-

3. Kassenmäßige Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden/Gv im Jahr 2003

Art der Steuern	2002	2003	Veränderung 2003 gegenüber 2002 in %
	Mio. €		
Landesanteile an Gemeinschaftsteuern	11 522	11 798	+2,4
dav. Steuern vom Einkommen	5 960	6 192	+3,9
dav.: Lohnsteuer	4 708	4 742	+0,7
veranlagte Einkommensteuer	248	68	-72,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	434	301	-30,7
Zinsabschlag	299	278	-7,2
Körperschaftsteuer	271	804	x
Steuern vom Umsatz ¹⁾	5 160	5 144	-0,3
Gewerbsteuerumlage	401	463	+15,3
Landessteuern	1 638	1 629	-0,6
dar.: Vermögensteuer	24	15	x
Erbschaftsteuer	204	212	+3,9
Grunderwerbsteuer	378	401	+6,0
Kraftfahrzeugsteuer	776	748	-3,6
Lotteriesteuer	184	185	+0,5
Feuerschutzsteuer	33	34	+5,2
Biersteuer	40	34	-13,6
Steuereinnahmen des Landes zusammen	13 160	13 427	+2,0
nachrichtlich: Länderfinanzausgleich	362	480	+32,7
Bundesergänzungszuweisungen	687	668	-2,8
Gemeindeanteile an Gemeinschaftsteuern	2 098	1 986	-5,3
dav.: Lohn- und veranlagte Einkommensteuer	1 875	1 766	-5,8
Umsatzsteuer	223	220	-1,4
Gemeindesteuern	2 660	2 367	-11,0
dav.: Grundsteuer A	59	61	+3,5
Grundsteuer B	929	961	+3,4
Gewerbsteuer (netto) ²⁾	1 600	1 274	-20,4
übrige Gemeindesteuern	71	71	-0,2
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv zusammen	4 757	4 352	-8,5
nachrichtlich: kommunaler Finanzausgleich	2 699	2 258	x

¹⁾ Einschl. Ausgleichszahlungen.

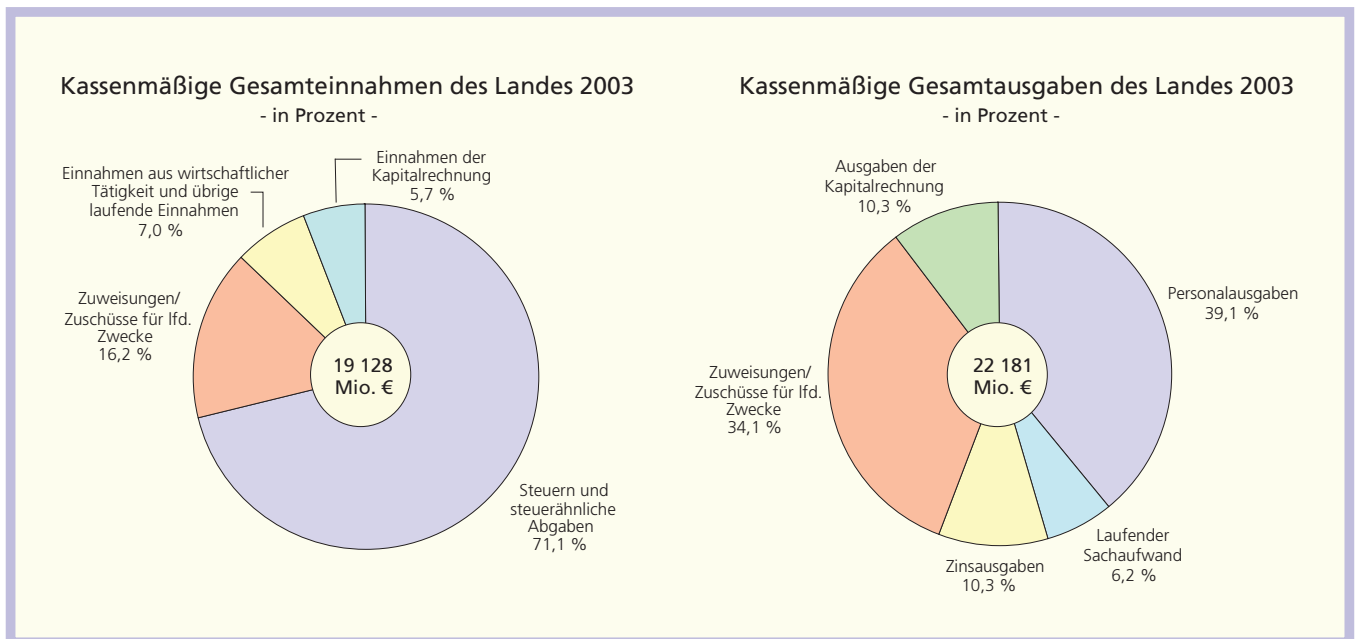
²⁾ Nach Abführung der Gewerbesteuerumlage.

me aus Steuereinnahmen (13 427 Mio. Euro), Ausgleichszahlungen im Länderfinanzausgleich (480 Mio. Euro) sowie Bundesergänzungszuweisungen (668 Mio. Euro) lag um 366 Mio. Euro über den Einnahmen von 2002. Allerdings blieben diese Beträge um 377 Mio. Euro unter dem Nachtragshaushaltssoll für das Jahr 2003.

Einnahmen aus der Lohnsteuer leicht gestiegen

Die Lohnsteuer lag – wie schon in den Vorjahren – nicht mehr an der Spitze der Steuerquellen. Sie nahm wiederum hinter der Umsatzsteuer nur noch den zweiten Rang ein, obwohl es dort zu Einbußen kam und die Lohnsteuer an Bedeutung gewann. Insgesamt besaßen allerdings die

Steuern vom Einkommen innerhalb der Gemeinschaftsteuern ein deutliches Übergewicht. Die mit weitem Abstand dominierende Steuer vom Einkommen, nämlich die Lohnsteuer, stieg im Jahr 2003 erstmals nach zwei Jahren der Einbußen leicht um 34 Mio. Euro (+ 0,7 %) an. Dabei wurde die Entwicklung nicht – wie in den Vorjahren – durch stark erhöhte Kindergeldzahlungen beeinflusst. Im Jahr 2003 leistete das Land Niedersachsen Kindergeldzahlungen in Höhe von insgesamt 3 381 Mio. Euro, 13 Mio. Euro oder 0,4 % mehr als im Jahr 2002 (Zuwachs im Jahr 2002 = 10,6 %). Davon entfielen 513 Mio. Euro auf steuerliches Kindergeld und 2 869 Mio. Euro auf Zahlungen über Kindergeldkassen. Erstmals sind im Jahr 2003 Zahlungen nach dem Altersvermögensgesetz in Höhe von 5,6 Mio. Euro geleistet worden. Gleichzeitig



erzielte das Land erstmalig Einnahmen aus der Besteuerung für geringfügig Beschäftigte in Höhe von 13,5 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung dieser Zahlungsströme und der Steuerausfälle durch das Kindergeld sowie zusätzlich auch durch die Arbeitnehmersparzulage in Höhe von 17,8 Mio. Euro verblieben dem Land vom gesamten Lohnsteueraufkommen noch 4 742 Mio. Euro.

Die Entwicklung bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag – im Wesentlichen ist dies die Kapitalertragsteuer – verlief auch im Jahr 2003 wie schon im Vorjahr deutlich negativ. Das Aufkommen ging von 434 Mio. Euro im Jahr 2002 um 133 Mio. Euro auf 301 Mio. Euro (- 30,7 %) im Jahr 2003 zurück. Ursache hierfür dürfte die konjunkturelle Entwicklung und die damit verbundenen eingeschränkten Gewinnausschüttungen der Unternehmen gewesen sein.

Das Aufkommen an Zinsabschlag hat sich im Jahr 2003 ebenfalls weiter verringert. Nach deutlichen Einbußen im Vorjahr erreichten die Einnahmen im Jahr 2003 nur noch 278 Mio. Euro. Das waren 21 Mio. Euro oder 7,2 % weniger als im Jahr 2002.

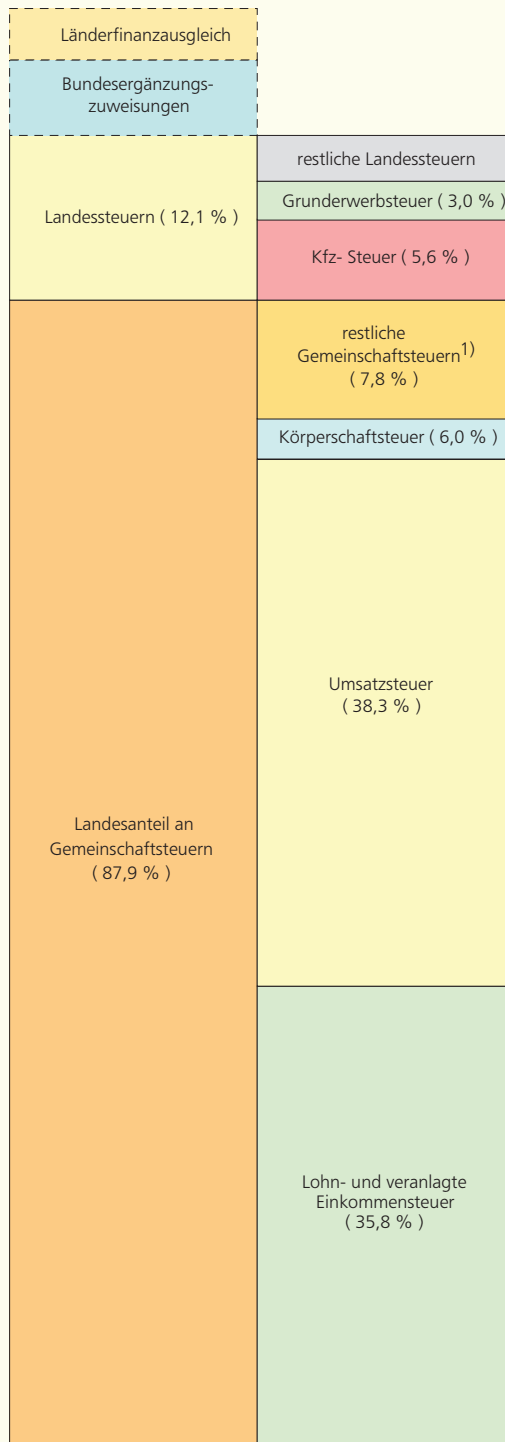
Die bei der veranlagten Einkommensteuer vorgenommenen Vorauszahlungen auf die voraussichtliche Steuerschuld erreichten im Jahr 2003 einen Betrag von 3 175 Mio. Euro. Sie blieben damit um 2,4 % hinter dem Stand des Vorjahres zurück. Die Abschluss- und Nachzahlungen lagen im Jahr 2003 merklich unter den Vorjahresbeträgen. Insgesamt ergab sich eine Abnahme um 67,6 Mio. Euro oder 4,5 %. Da gleichzeitig das Erstattungsvolumen um 91,8 Mio. Euro auf 3 137,5 Mio. Euro anstieg, trafen im

Vorjahresvergleich mehrere negative Effekte zusammen. Sie führten gemeinsam dazu, dass das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer im Jahr 2003 abnahm. Es ging von 248 Mio. Euro im Jahr 2002 um 180 Mio. Euro auf nur noch 68 Mio. Euro im Jahr 2003 zurück, woraus sich eine Abnahmerate von immerhin 72,6 % errechnete. Dazu trugen auch die um 38,7 Mio. Euro auf 1 412 Mio. Euro gestiegenen Erstattungen im Rahmen von Arbeitnehmerveranlagungen nach § 46 Einkommensteuergesetz bei. Der wesentliche Grund dafür, dass das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer geradezu einbrach, lag in der Eigenheimzulage, die aus diesem Aufkommen gezahlt wird. Wegen der für das Jahr 2004 angekündigten Verschlechterungen bei den Fördervoraussetzungen kam es zu einem erheblichen Vorzieheffekt. Dadurch stiegen die gezahlten Beträge im Jahr 2003 gegenüber 2002 um 188,3 Mio. Euro auf 1 323,5 Mio. Euro.

Die Entwicklung bei der Körperschaftsteuer wurde im Jahr 2003 wie bei der Einkommensteuer entscheidend durch die Vorauszahlungen, insbesondere vom letzten Vorauszahlungstermin für den Veranlagungszeitraum 2003, bestimmt. Die rückläufige Tendenz in den ersten drei Quartalen wurde durch das gute Ergebnis des vierten Quartals ausgeglichen. In allen vier Quartalen lagen Zahlungseingänge jedoch deutlich über den entsprechenden Vorjahreswerten. Die Nachzahlungen haben sich gegenüber dem Vorjahr beträchtlich um 240 Mio. Euro auf 1 020 Mio. Euro erhöht. Im Gegensatz dazu sind die Erstattungen stark um 341 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr gesunken. Da alle Einflussfaktoren positiv wirkten, ist das Aufkommen an Körperschaftsteuer außerge-

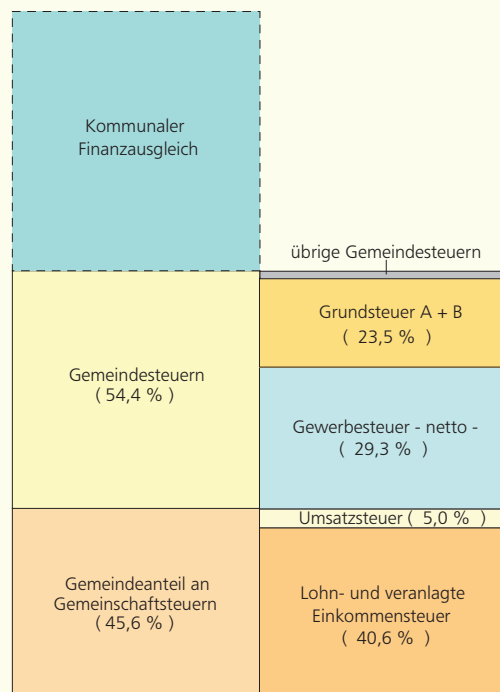
Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden/Gv

Land 2003 = 13 427 Mio. €



- Anteil in v. H. der Steuereinnahmen
des Landes bzw.
der Gemeinden/Gemeindeverbände -

Gemeinden/Gv 2003 = 4 352 Mio. €



1) Einschließlich Gewerbesteuerumlage

wöhnlich stark gestiegen. Per Saldo konnte ein Zuwachs von 533 Mio. Euro auf 804 Mio. Euro festgestellt werden. Der Anteil der Körperschaftsteuer am Gesamtsteueraufkommen des Landes stieg auf 6,0 %, nachdem er im Vorjahr nur 2,1 % ausmachte.

Umsatzsteuer weiterhin stärkste Steuerquelle

Wie in den Vorjahren nahm die Umsatzsteuer auch im Jahr 2003 wieder den ersten Rang unter den Steuerquellen ein. Allerdings war die Tendenz leicht rückläufig, vor allem wegen der konjunkturellen Entwicklung. So verbuchten die Finanzämter mit einem Aufkommen von 3 875,3 um 746,3 Mio. Euro oder 16,2 % geringere Zahlungseingänge als im Vorjahr. Davon floss unter Hinzurechnung von Einfuhrumsatzsteuer, Ausgleichszahlungen und Fondslasten ein Betrag von 5 144 Mio. Euro in die Kassen des Landes. Damit lag der Landesanteil an der Umsatzsteuer um 16 Mio. Euro oder 0,3 % unter dem Vorjahreswert.

Geringere Einnahmen aus reinen Landessteuern

Die Einnahmen aus den reinen Landessteuern sind im Jahr 2003 weiter gesunken. Mit einem Betrag von 1 629 Mio. Euro lagen sie um 9 Mio. Euro oder 0,6 % geringfügig unter dem Stand von 2002. Die vorgesehene Kompensation für den Wegfall der Vermögensteuer durch Mehreinnahmen aus der Erbschaft- und Grunderwerbsteuer konnte noch immer nicht erreicht werden, obwohl die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer im Vorjahresvergleich um 8 Mio. Euro oder 3,9 % gestiegen waren. Ein noch deutlicheres Plus verzeichnete die Grunderwerbsteuer. Wie bei der bereits erwähnten Eigenheimzulage, dürfte es Ende 2003 zu einem Vorzieheffekt gekommen sein, der zu Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer von 23 Mio. Euro (+ 6,0 %) gegenüber 2002 führte.

Die negative Entwicklung bei den reinen Landessteuern wurde geprägt durch die Kraftfahrzeugsteuer, der mit Abstand ergiebigsten Steuerart unter diesen Steuern. Ihr Anteil machte fast 50 % aus. Da es hier merkliche Einbußen von 28 Mio. Euro (- 3,6 %) gab, reichten die Zuwächse bei der Erbschaft- und Grunderwerbsteuer nicht aus, um ein positives Gesamtergebnis zu erzielen.

Die restlichen Landessteuern spielten als Einnahmequelle keine wesentliche Rolle. Bei der Vermögensteuer handelte es sich lediglich um Einnahmen aus der rückläufigen Abwicklung von älteren Verfahren, die im Jahr 2003 nur noch 15 Mio. Euro einbrachten. Die Lotteriesteuer hielt sich mit 185 Mio. Euro (+ 0,5 %) etwa auf dem Stand des Vorjahres. Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer stieg zwar um 5,2 % im Vorjahresvergleich, erreichte

jedoch nur 34 Mio. Euro. Denselben Betrag erzielte das Land aus der Biersteuer, 13,6 % weniger als im Jahr 2002.

Zuweisungen/Zuschüsse wieder gestiegen

Neben den Steuereinnahmen zählen Zuweisungen/Zuschüsse für laufende Zwecke einschließlich der allgemeinen Zuweisungen, Schuldendiensthilfen und Erstattungen zu den wichtigsten Einnahmepositionen der laufenden Rechnung. Sie führten im Jahr 2003 zu Einnahmen für das Land in Höhe von insgesamt 3 096 Mio. Euro (siehe Tabelle 2). Gegenüber 2002 erhöhte sich damit der Betrag deutlich um 5,7 %. Mit über 75 % waren der Bund und die Länder an den Zahlungen beteiligt, insbesondere an den bereits erwähnten Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen. Diese Beträge stiegen noch stärker im Vorjahresvergleich, nämlich um 6,9 %.

Aus der Position „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit“ geht erwartungsgemäß hervor, ob und in welchem finanziellen Umfang das Land Einnahmen aus seinen wirtschaftlichen Aktivitäten erzielt. Im vergangenen Jahr erreichte dieser Betrag 874 Mio. Euro. Das waren 29 Mio. Euro oder 3,4 % mehr als im Jahr 2002.

Im Gegensatz zu den Kommunalhaushalten lieferten die Gebühren und sonstigen Entgelte im Landeshaushalt nur einen geringen Finanzierungsbeitrag. Mit einem Aufkommen im Jahr 2003 von 88 Mio. Euro machten sie nicht einmal 0,5 % der Einnahmen der laufenden Rechnung aus. Auch durch den relativ starken Zuwachs im Vorjahresvergleich um 9,5 % änderte sich an der geringen Bedeutung nichts.

Vermögensübertragungen kaum verändert

Außer den laufenden Einnahmen fließen dem Land weitere Geldbeträge zu. Die Einnahmen der Kapitalrechnung setzen sich aus Vermögensübertragungen, Rückflüssen von Darlehen, Erlösen aus Vermögensveräußerungen sowie Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich zusammen. Im Jahr 2003 erreichten sie eine Summe von 1 086 Mio. Euro, die um 36,5 % über dem Stand von 2002 lag. Allerdings ergab sich diese hohe Zuwachsrate im Vergleich mit einem stark gesunkenen Vorjahreswert (Rückgang im Jahr 2002: 28,1 %). Durch die starke Erhöhung stieg der Anteil der Einnahmen aus der Kapitalrechnung an den „Bereinigten Gesamteinnahmen“ von 4,3 % im Jahr 2002 auf 5,7 %.

Wichtigste Einnahmeart der Kapitalrechnung waren im Jahr 2003 die Vermögensübertragungen. Mit 667 Mio. Euro (- 1,1 %) erreichten sie nicht ganz den Stand des

Vorjahres. Den weitaus überwiegenden Anteil machten die Zuweisungen für Investitionen von Bund und Ländern aus. Die Einnahmen hieraus nahmen geringfügig um 1,6 % auf 543 Mio. Euro zu.

Die Rückflüsse von Darlehen (z.B. aus der Förderung des Wohnungsbaues) erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 12,5 %. Mit 105 Mio. Euro erlangten sie jedoch keine wesentliche Bedeutung als Einnahmequelle. Dies gilt auch für die Einnahmen aus der Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich (8 Mio. Euro).

Die außergewöhnlich hohen Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen in Höhe von 306 Mio. Euro beruhen darauf, dass das Land sein in die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft eingezahltes Kapital um rund 300 Mio. Euro reduziert hat. Diese Geldmittel sind als Einnahmen in den Landeshaushalt geflossen.

Negativer Finanzierungssaldo geringer als im Vorjahr

Durch Gegenüberstellung der Einnahmensumme aus der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung (= „Bereinigte Gesamteinnahmen“) einerseits und der entsprechenden Ausgaben summe (= „Bereinigte Gesamtausgaben“) andererseits errechnet sich der „Finanzierungssaldo“.

Diese Größe war auch im Jahr 2003 negativ. Sie gibt also an, in welchem Umfang die Ausgaben über den Einnahmen lagen. Die entstandene Differenz muss über die sog. „besonderen Finanzierungsvorgänge“ abgedeckt werden. Überwiegend geschieht dies durch Inanspruchnahme des Kreditmarkts. Im Jahr 2003 erreichte der Saldo 3 053 Mio. Euro. Dieser Betrag lag deutlich unter dem Stand des Vorjahres (- 3 789 Mio Euro). In ihm kommen die um rund 0,7 Mrd. Euro gestiegenen Gesamteinnahmen zum Ausdruck. Die Gesamtausgaben konnten dagegen – wie eingangs erwähnt – nahezu konstant gehalten werden.

2. Kommunalfinanzen

Die nun vorliegenden Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik zeigen, dass die Haushaltsslage der niedersächsischen Gemeinden und Gemeindeverbände sich im Jahr 2003 gegenüber den Vorjahren deutlich verschlechtert hat. Von 467 Verwaltungseinheiten – wobei Samtgemeinden mit ihren Mitgliedsgemeinden zusammengefasst wurden – nahm der Anteil derer, die in ihren Verwaltungshaushalten gemäß der vierteljährlichen Kassenstatistik keine Überschüsse (Saldo aus Einnahmen und Ausgaben ohne Zuführungen) nachweisen konnten, nochmals gegenüber dem Vorjahr um 69 auf 278 zu. Die in

den letzten Jahren stetig wachsende Zahl der Kommunen mit unausgeglichene Verwaltungshaushalten entsprach im Jahr 2003 59,5 % der Verwaltungseinheiten (44,8 % in 2002). Von den kreisfreien Städten waren 7 von 8 betroffen. Bei den Landkreisen stieg die Anzahl von 23 auf 36 von 38. Die (Ist-)Fehl beträge der 278 Kommunen summierten sich auf 2 473 Mio. Euro. Dem standen lediglich 223 Mio. Euro an Überschüssen der übrigen Kommunen gegenüber. In drei Extremfällen belief sich das Defizit auf knapp 400 Mio., ca. 300 Mio. sowie knapp 100 Mio. Euro.

Finanzierungssaldo zum dritten Mal in Folge negativ

Den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist es im Jahr 2003 gelungen, ihre Ausgaben gegenüber dem Vorjahr zu stabilisieren. Dem leichten Rückgang der um den zwischengemeindlichen Zahlungsverkehr und haushaltstechnische Verrechnungen bereinigten Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) auf 14 264 Mio. Euro (- 0,4 %) stand ebenfalls ein allerdings noch weitaus kräftigerer Rückgang der vergleichbaren Einnahmensumme auf 13 079 Mio. Euro (- 7,5 %) gegenüber. Die Einnahmefälle führten zum dritten Mal in Folge zu einem negativen Finanzierungssaldo in Höhe von 1 186 Mio. Euro. Das Ergebnis fiel für die Gesamtheit der Kommunen gegenüber dem Vorjahr um 1 011 Mio. Euro ungünstiger aus. Für das Jahr 2004 erwarten die Kommunen lt. Haushaltsansatzstatistik wieder ein kräftiges Minus, dessen Wachstum sich aber voraussichtlich verlangsamen wird.

Zahl der kommunalen Ausgliederungen gegenüber dem Vorjahr wieder steigend

Diese Ergebnisse berücksichtigen noch nicht, dass die niedersächsischen Kommunen wie bereits seit den frühen 90'er Jahren auch in 2003 von der Möglichkeit Gebrauch machten, Teilbereiche aus den Kommunalhaushalten auszugliedern. 2003 wurden nach Kenntnis des NLS 51 Einrichtungen ausgegliedert (im Vorjahr 31). Der Schwerpunkt lag in den Aufgabenbereichen Abwasserbeseitigung (6 Einheiten), Wasserversorgung (6 Einheiten), Badeanstalten, Förderung von Wirtschaft und Verkehr und dem Allgemeinen Grundvermögen mit jeweils 3 Einheiten sowie anderen Einrichtungen. Aus diesem Grunde wird der Vorjahresvergleich sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben sowie dem Schuldenstand beeinträchtigt.

Das NLS versucht, mit Hilfe einer freiwilligen Befragung der Kommunen, eine Abschätzung der Auswirkungen der Ausgliederungen in Form einer Basisbereinigung vorzunehmen. Ziel ist es, das Vorjahr (Basis für die Verände-

4. Ausgefallenes Finanzvolumen aufgrund kommunaler Ausgliederungen 2002/2003 Ausgewählte Ausgaben und Einnahmen nach Arten

Art der Ausgaben/Einnahmen	Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise zusammen		Davon			
			kreisfreie Städte		kreisangehörige Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise zusammen	
	1 000 €	€ je Einwohner	1 000 €	€ je Einwohner	1 000 €	€ je Einwohner
Ausgaben						
Personalausgaben	12 425	2	2 841	3	9 583	1
Laufender Sachaufwand	52 387	7	4 237	4	48 150	7
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke	6 239	1	4 444	4	1 795	0
Sachinvestitionen	19 302	2	1 604	2	17 698	3
Kassenmäßige Ausgaben insgesamt	97 060	12	13 928	14	83 132	12
Einnahmen						
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke	2 947	0	26	0	2 921	0
Gebühren und ähnl. Entgelte	60 950	8	2 517	2	58 433	8
Übrige Einnahmen der lfd. Rechnung	2 187	0	607	1	1 580	0
Vermögensübertragungen	558	0	-	-	558	0
Kassenmäßige Einnahmen insgesamt	68 531	9	3 341	3	65 191	9

rungsrate) um die Finanzvorfälle zu bereinigen, die im Berichtsjahr durch Aufgabenveränderungen (Ausgliederung von Aufgaben) nicht mehr in den Kommunalhaushalten enthalten sind.

Tab. 4 gibt einen Eindruck über das Finanzvolumen, das den Kommunalhaushalten durch Ausgliederungen im Berichtsjahr und im Laufe des Vorjahres verloren gegangen ist. Dieses Finanzvolumen wurde zur Bereinigung der Vorjahresbasis (2002) für die Berechnung von Veränderungsrate in den Tab. 5 und 6 sowie der Abb. 3 abgesetzt. Durch diese Basisbereinigung verschieben sich die Veränderungsrate der bereinigten Ausgaben um + 0,6 und der bereinigten Einnahmen um + 0,5 Prozentpunkte. Das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben in ihrer Summe wird also nur geringfügig gestört. Für einzelne Zahlungsarten sind die Verzerrungen dagegen immer noch sehr deutlich.

Ausgaben der laufenden Rechnung übersteigen die Einnahmen um 591 Mio. Euro

Die Ausgaben der laufenden Rechnung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 108 Mio. Euro auf 12 230 Mio. Euro. Dem Ausgabenwachstum von 0,9 % (bereinigt + 1,5 %) steht auf der Einnahmenseite ein Rückgang von 8,0 % (bereinigt - 7,5 %) gegenüber. Hieraus ergeben sich in der laufenden Rechnung Mehrausgaben von 591 Mio. Euro.

85,7 % der bereinigten Gesamtausgaben entfielen 2003 auf die laufende Rechnung. Das Verhältnis zwischen konsumtiven und vermögenswirksamen Ausgaben hat sich wie im Vorjahr um 1,1 Prozentpunkte weiter zu Lasten

der Investitionen verschoben. Die Personalausgaben stellen dabei mit 3 950 Mio. Euro den bedeutendsten Ausgabenblock dar. Die Veränderungsrate von + 0,7 % (unbereinigt) liegt 1,0 Prozentpunkte unter der des Vorjahres. Bezogen auf den gleichen Aufgabenbestand gegenüber dem Vorjahr, also unter Berücksichtigung der kommunalen Ausgliederungen, beträgt die Steigerungsrate 1,1 %, halb so hoch wie der Vorjahreswert. Hierbei stiegen die Personalausgaben im kreisangehörigen Raum mit 1,1 % (bereinigt) stärker als in den kreisfreien Städten (0,8 %). Ergebnisse der Haushaltsansatzstatistik deuten darauf hin, dass die Personalausgaben 2004 bei striktem Konsolidierungskurs erstmals seit vielen Jahren möglicherweise wieder sinken werden.

Der laufende Sachaufwand zeigte ein Wachstum um 0,7 % (bereinigt) auf 2 833 Mio. Euro. Ohne Berücksichtigung der ausgegliederten Einrichtungen ist seine Entwicklung sogar rückläufig (- 1,2 %). Dies ist bemerkenswert, da im laufenden Sachaufwand zusätzlich ein Teil des Zahlungsverkehrs mit den ausgegliederten Einrichtungen enthalten ist und diesen erhöht.

Soziale Ausgaben zeigen leichten Anstieg

Die Bruttobeträge der Ausgaben für Leistungen der Sozialhilfe, Jugendhilfe u.ä. einschließlich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zeigten sich mit 3 750 Mio. Euro um 6,2 % insgesamt gegenüber dem Vorjahr weiter steigend. Von den Steigerungen waren die kreisfreien Städte mit 4,9 % weniger stark betroffen als die Kreise (6,4 %). In den Steigerungen sind auch die zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 169 Mio. Euro durch die Einführung der Grundsicherung in 2003 enthalten.

5. Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände im 1. bis 4. Quartal 2003

Art der Ausgaben	Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise zusammen		
	1 000 €	€ je Einwohner	Veränderung zum Vorjahr in % ⁴⁾
Personalausgaben	3 949 890	494	+ 1,1
Laufender Sachaufwand	2 832 933	355	+ 0,7
Zinsausgaben	518 732	65	- 1,3
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke ¹⁾	4 969 286	622	- 3,4
Leistungen der Sozialhilfe, Jugendhilfe u.ä. ²⁾	3 749 829	469	+ 6,2
abzügl. Zahlungen von Gemeinden/Gv	3 790 786	475	- 2,2
Ausgaben der laufenden Rechnung	12 229 883	1 531	+ 1,5
Sachinvestitionen	1 690 260	212	- 8,3
Erwerb von Beteiligungen	22 850	3	-43,0
Vermögensübertragungen ³⁾	466 423	58	- 0,8
Gewährung von Darlehn	50 144	6	+13,6
Schuldentilgung an öffentl. Bereich	33 536	4	-30,9
abzügl. Zahlungen von Gemeinden/Gv	228 883	29	-13,9
Ausgaben der Kapitalrechnung	2 034 329	255	- 6,7
Bereinigte Gesamtausgaben	14 264 212	1 786	+ 0,2
nachr.: Finanzierungssaldo	- 1 185 578	- 148	x
Besondere Finanzierungsvorgänge			
dar. Schuldentilgung an Kreditmarkt	1 016 433	127	+26,4

¹⁾ Einschl. allgem. Zuweisungen, Umlagen, Schuldendiensthilfen, sowie Erstattungen an öffentl. Bereich. - ²⁾ Einschl. Leistungen, die im Auftrage von Bund und Land erbracht und von ihnen erstattet werden, jedoch ohne bewirtschaftete Fremdmittel. - ³⁾ Zuweisungen/Zuschüsse für Investitionen. - ⁴⁾ Die Veränderungsdaten basieren auf einem wegen der Ausgliederungen korrigierten Ergebnis für den Vorjahreszeitraum.

Die Ausgaben für Sozialhilfe stiegen in 2003 weiter um 66 Mio. Euro (+ 2,5 %) auf 2 670 Mio. Euro an. Die Ausgaben der Jugendhilfe wuchsen um 2,9 % auf 578 Mio. Euro. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz blieben dagegen nahezu unverändert bei 149 Mio. Euro. Von den 469 Euro je Einwohner für soziale Ausgaben insgesamt entfielen 334 Euro auf die Sozialhilfe, 72 Euro auf die Jugendhilfe, 21 Euro auf die Grundsicherung im Alter und lediglich 19 Euro auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Grundsätzlich zu beachten ist, dass das in der vierteljährlichen Kassenstatistik angegebene Ausgabevolumen nicht die Belastung der kommunalen Ebene wiedergibt, da hier Leistungen, die im Auftrage von Bund und Land erbracht und von ihnen erstattet werden, nicht abgesetzt werden können. Bewirtschaftete Fremdmittel sind dagegen in den Summen nicht enthalten. So wird das Wohngeld, auch wenn es von den Kommunen ausgezahlt wird, finanzstatistisch als Ausgaben des Landes nachgewiesen – genau so, wie die dazu gehörigen Erstattungen auf der Einnahmeseite. Dagegen werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz seit 2002 als Ausgaben den Kommunalhaushalten zugeordnet, auch wenn sie teilweise vom Land erstattet werden. Darüber hinaus lassen sich die sozialen Ausgaben auf Gemeindeebene kaum miteinander vergleichen, da nicht alle kreisangehörigen Gemeinden (von ihrem Landkreis) zur Durchführung der So-

6. Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände im 1. bis 4. Quartal 2003

Art der Einnahmen	Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise zusammen		
	1 000 €	€ je Einwohner	Veränderung zum Vorjahr in % ⁴⁾
Steuereinnahmen (netto) ¹⁾	4 352 405	545	- 8,5
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke ²⁾	8 099 837	1 014	- 4,9
dar. von Bund und Land	3 956 795	495	- 7,5
Gebühren und ähnl. Entgelte	1 509 188	189	- 0,9
Übrige Einnahmen der lfd. Rechnung	1 468 376	184	-11,7
abzügl. Zahlungen von Gemeinden/Gv	3 790 786	475	- 2,2
Einnahmen der laufenden Rechnung	11 639 020	1 457	- 7,5
Veräußerung von Vermögen	613 307	77	- 5,5
Vermögensübertragungen	942 644	118	- 6,1
dar. von Bund und Land ³⁾	505 976	63	- 5,2
Rückflüsse von Darlehn	79 835	10	+ 0,6
Schuldenaufnahme vom öffentl. Bereich	32 711	4	+36,1
abzügl. Zahlungen von Gemeinden/Gv	228 883	29	-13,9
Einnahmen der Kapitalrechnung	1 439 614	180	- 3,4
Bereinigte Gesamteinnahmen	13 078 634	1 637	- 7,1
Besondere Finanzierungsvorgänge			
dar. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	1 138 702	143	+27,1

¹⁾ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ²⁾ Einschl. allgem. Zuweisungen, Umlagen, Schuldendiensthilfen und Erstattungen, jedoch ohne bewirtschaftete Fremdmittel. - ³⁾ Zuweisungen für Investitionen. - ⁴⁾ Die Veränderungsdaten basieren auf einem wegen der Ausgliederungen korrigierten Ergebnis für den Vorjahreszeitraum.

zialhilfe „herangezogen“ werden und nur wenige von ihnen ein eigenes Jugendamt haben.

Vermögenswirksame Ausgaben stark rückläufig

Während die Ausgaben der laufenden Rechnung weitgehend aus festen Größen bestehen, die nur geringe Gestaltungsspielräume zulassen, bietet die Kapitalrechnung in Zeiten extrem angespannter Haushalte mehr Möglichkeiten für Einsparungen. Diese beanspruchten die niedersächsischen Kommunen in den vergangenen Jahren sehr intensiv. Das in den Jahren 1999 bis 2001 festgestellte wieder vorhandene Wachstum der Investitionen setzte sich in den Jahren 2002 und 2003 nicht mehr fort.

Die Sachinvestitionen sanken für die Gesamtheit der Kommunen um 8,3 % (bereinigt). Für Sachinvestitionen wurden durchschnittlich 212 Euro je Einwohner ausgegeben, nochmals 22 Euro weniger als 2002. Hiermit setzt sich ein schon seit längerem zu beobachtender Trend zur Beschränkung der Investitionen auf ein absolutes Minimum fort.

Für Baumaßnahmen als bedeutendstem Ausgabenposten wurden insgesamt 1 259 Mio. Euro aufgewendet. Das sind 5,7 % weniger als im Vorjahr. Die deutlichsten Rückgänge gab es bei den Landkreishaushalten (11,5 %) ge-

7. Ausgewählte Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände - Jahresergebnis 2003

Schl.-Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Regierungsbezirk Land	Bereinigte Ausgaben des Gesamt- haushaltes	Darunter				Schulden- tilgung an Kredit- markt	Bereinigte Einnahmen des Gesamt- haushaltes	Darunter			Schulden- aufnahme am Kredit- markt
			Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- u. Betriebs- ausgaben	Soziale Leistungen	Sach- investi- tionen			Steuern (netto)	Zuweisun- gen von Bund und Land	Gebühren, Zweckge- bundene Abgaben	
in € je Einwohner												
101	Braunschweig, Stadt	1 929	607	228	515	179	154	1 946	597	328	98	30
102	Salzgitter, Stadt	2 141	575	399	673	180	321	1 794	571	394	269	276
103	Wolfsburg, Stadt	2 835	690	562	388	507	17	2 028	680	108	116	489
151	Gifhorn	1 848	374	218	404	163	88	1 839	513	353	62	89
152	Göttingen	2 420	566	317	496	173	151	2 336	544	384	209	30
153	Goslar	2 191	548	372	460	159	100	1 967	449	386	214	61
154	Helmstedt	2 409	591	374	607	198	56	2 099	496	342	252	77
155	Northeim	2 118	491	255	453	159	60	1 975	468	422	139	22
156	Osterode am Harz	2 334	561	371	492	151	229	2 139	501	328	302	195
157	Peine	2 014	486	269	395	252	93	1 951	456	379	175	63
158	Wolfenbüttel	1 953	483	291	396	176	128	1 897	493	357	132	65
1	Braunschweig	2 178	542	317	476	202	125	2 013	529	349	167	105
241	Region Hannover	2 956	596	282	569	147	279	2 816	722	367	183	272
241001	Hannover, Landeshptstd.	2 725	662	271	x	129	375	2 585	880	214	187	379
251	Diepholz	1 950	452	264	453	220	112	1 809	568	261	141	148
252	Hameln-Pyrmont	2 352	532	271	514	208	135	2 081	498	353	233	216
254	Hildesheim	2 449	507	348	493	169	141	2 285	547	304	253	119
255	Holzminden	2 167	513	282	558	218	28	1 908	415	358	126	46
256	Nienburg (Weser)	2 034	503	287	487	206	55	1 909	516	363	147	90
257	Schaumburg	2 231	473	372	454	267	28	2 053	448	401	249	33
2	Hannover	2 603	547	295	529	177	191	2 444	622	349	193	198
351	Celle	2 546	487	313	541	225	124	2 305	499	346	177	176
352	Cuxhaven	2 379	360	339	430	215	157	2 276	466	488	222	197
353	Harburg	1 780	359	220	324	174	53	1 687	538	264	119	78
354	Lüchow-Dannenberg	2 406	625	481	451	182	60	2 185	429	632	286	35
355	Lüneburg	2 525	537	311	481	217	143	2 345	474	429	290	202
356	Osterholz	1 970	443	261	344	244	84	1 810	489	319	102	66
357	Rotenburg (Wümme)	2 042	478	318	383	290	99	1 942	468	363	229	160
358	Soltau-Fallingb.ostel	2 432	514	340	497	282	71	2 125	542	282	245	240
359	Stade	2 340	457	300	475	202	135	2 212	535	328	188	101
360	Uelzen	2 238	424	255	452	210	90	2 022	469	379	169	128
361	Verden	2 019	501	317	408	163	66	1 948	590	272	236	103
3	Lüneburg	2 232	455	303	433	218	103	2 077	505	357	200	143
401	Delmenhorst, Stadt	2 080	517	340	672	239	103	1 901	455	468	347	81
402	Emden, Stadt	2 482	687	319	664	553	113	2 185	785	567	108	302
403	Oldenburg (Oldb), Stadt	1 844	488	223	536	157	96	1 681	629	386	191	101
404	Osnabrück, Stadt	1 939	534	274	613	132	176	1 988	691	338	113	206
405	Wilhelmshaven, Stadt	1 834	558	226	608	71	69	1 703	444	497	93	-
451	Ammerland	1 862	401	330	325	202	31	1 867	465	277	191	16
452	Aurich	2 194	500	272	436	252	135	2 077	465	403	185	204
453	Cloppenburg	2 150	409	311	368	363	114	2 067	529	278	322	165
454	Emsland	2 073	365	220	393	295	69	2 029	537	300	132	130
455	Friesland	2 373	500	345	459	235	100	2 157	464	336	379	94
456	Grafschaft Bentheim	2 073	430	303	368	266	48	1 983	468	309	165	76
457	Leer	2 041	468	237	404	186	56	1 904	362	422	200	49
458	Oldenburg (Oldb)	1 924	456	313	350	216	82	1 858	500	299	277	104
459	Osnabrück	1 825	342	266	377	215	80	1 679	485	302	109	114
460	Vechta	2 027	358	349	376	349	33	1 973	571	234	277	66
461	Wesermarsch	2 319	506	345	488	335	154	1 932	540	381	135	204
462	Wittmund	2 113	536	325	394	223	71	2 051	420	403	390	120
4	Weser-Ems	2 029	443	281	437	244	89	1 919	515	343	192	119
	Niedersachsen	2 259	494	297	469	212	127	2 115	545	349	189	143
Kreisangehörige Städte mit rund 50 000 und mehr Einwohnern												
152012	Göttingen, Stadt	2 482	635	285	x	198	180	2 488	683	396	192	8
153005	Goslar, Stadt	1 623	400	486	x	107	-	1 264	563	136	269	64
157006	Peine, Stadt	1 420	475	259	x	272	-	1 384	466	289	258	-
158037	Wolfenbüttel, Stadt	1 228	365	269	x	99	121	1 231	593	174	81	-
241005	Garbsen, Stadt	1 261	306	167	x	102	82	1 220	509	218	73	-
241010	Langenhagen, Stadt	1 938	560	211	x	88	623	1 770	563	42	60	549
252006	Hameln, Stadt	1 546	542	230	x	194	46	1 317	608	114	252	187
254021	Hildesheim, Stadt	2 514	521	448	x	97	106	2 312	663	170	366	98
351006	Celle, Stadt	2 408	488	297	x	171	197	2 216	627	137	250	248
352011	Cuxhaven, Stadt	1 993	500	578	x	161	66	2 173	629	313	317	165
355022	Lüneburg, Stadt	2 461	645	190	x	133	112	2 183	579	188	301	203
359038	Stade, Stadt	1 975	497	254	x	217	92	1 731	617	112	221	-
454032	Lingen (Ems), Stadt	1 918	339	208	x	197	11	2 221	1 073	49	177	233
456015	Nordhorn, Stadt	1 486	362	268	x	156	33	1 402	413	179	217	59
459024	Melle, Stadt	1 251	261	275	x	196	67	1 131	550	138	132	34

folgt von den kreisfreien Städten (9,2 %). Der Rückgang der Ausgaben für Baumaßnahmen gegenüber 1995 um 34,7 % macht deutlich, welches Ausmaß die Abnahme der Investitionen auf der kommunalen Ebene erreicht hat. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass gerade bei den Baumaßnahmen der Vorjahresvergleich durch Ausgliederungen (insbesondere der Abwasserbeseitigung) aus den Kommunalhaushalten beeinträchtigt ist.

Bei den kreisfreien Städten variierten die Pro-Kopf-Beträge zwischen 516 Euro in Emden, gefolgt von der Stadt Wolfsburg (395 Euro) und mit dem kleinsten Betrag der Stadt Wilhelmshaven (35 Euro). Die Landkreise wiesen zwischen 83 Euro (Landkreis Schaumburg) und 3 Euro (Landkreis Harburg) je Einwohner an Ausgaben für Baumaßnahmen in ihren Haushalten nach. Die 0,15 Euro je Einwohner für Baumaßnahmen im Landkreis Cuxhaven sind ein Indiz dafür, dass hier die Investitionen fast vollständig in den ausgegliederten Betrieben erfolgen. In den kreisangehörigen Städten und Gemeinden lagen Spiekeroog mit 1 753 Euro je Einwohner und Nordenham (690 Euro) am oberen Ende der Skala. Im gemeindefreien Bezirk Osterheide wurden als einzigem Kommunalhaushalt keine Ausgaben für Baumaßnahmen nachgewiesen.

Bereinigte Gesamteinnahmen zeigen sich um 7,1 % rückläufig

Die Einnahmen der laufenden Rechnung waren um 1 015 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr und erreichten nur noch eine Höhe von 11 639 Mio. Euro. Das entspricht unter Berücksichtigung der Ausgliederungen einem Rückgang von 7,5 %.

Hauptverantwortlich für diese Entwicklung sind insbesondere die Einnahmeausfälle bei den Steuern und bei den Zuweisungen vom Land. Hauptanteil am Rückgang der Steuereinnahmen trägt die Gewerbesteuer (netto), die um 20,4 % auf nur noch 1 274 Mio. Euro abnahm. Insgesamt hatten 193 von 429 Städten, Gemeinden und Samtgemeinden (einschl. ihrer Mitgliedsgemeinden) Ausfälle bei der Gewerbesteuer zu verkraften. Die größten Verluste hatten die Landeshauptstadt Hannover (- 100 Mio. Euro), Wolfsburg (- 82 Mio. Euro), Braunschweig (- 55 Mio. Euro), Stade (- 40 Mio. Euro) und Langenhagen (- 21 Mio. Euro).

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer als zweiter großer Posten unter den Steuereinnahmen hatte ebenfalls Verluste und zwar von 5,8 %. Dass es in der regionalen Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer auch Gemeinden gibt, die gegenüber 2002 ein Plus zu verzeichnen haben, resultiert aus der Tatsache, dass ab 2003 neu berechnete Schlüsselzahlen für seine Verteilung verwendet werden. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, der seit 1998 als Ausgleich für die

weggefallene Gewerbekapitalsteuer gezahlt wird, verfehlt den Vorjahreswert erneut (- 1,4 %) und erreichte eine Höhe von 220 Mio. Euro. Die Grundsteuer B hatte wie schon in 2001 und 2002 in 2003 ein vergleichsweise geringes Wachstum um 3,4 %.

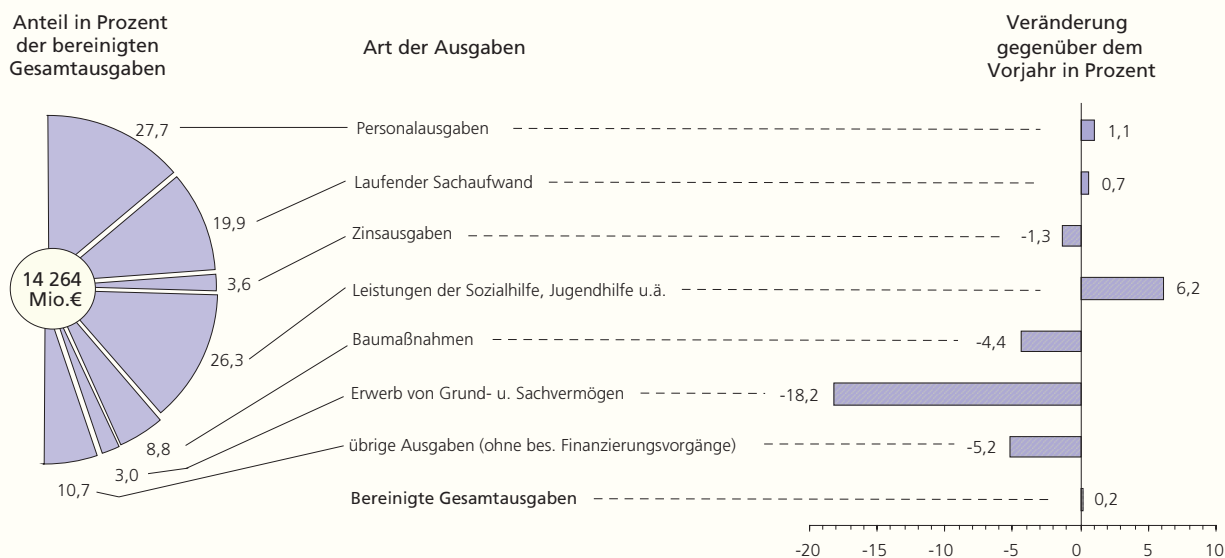
Bei den Realsteuern – also den Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer – ist anzumerken, dass die niedersächsischen Kommunen auch in 2003 von der Möglichkeit Gebrauch machten, ihre Steuereinnahmen über die Gestaltung der Hebesätze zu verbessern. Dies ist bei der Streuung der Hebesätze mit einer deutlichen Tendenz nach oben zu erkennen. Die mit den Grundbeträgen der Realsteuern gewogenen Landesdurchschnittshebesätze zeigten eine Steigerung um 7 Prozentpunkte bei der Grundsteuer A und 5 Prozentpunkte bei der Grundsteuer B. Der um 2 Prozentpunkte gesunkene Landesdurchschnittshebesatz bei der Gewerbesteuer ist nicht auf örtlich sinkende Hebesätze zurück zu führen, sondern darauf, dass gerade an Gewerbesteuer starke Kommunen mit hohen Hebesätzen besonders große Einnahmeausfälle hinnehmen mussten.

Die Pro-Kopf-Beträge der Steuereinnahmen zeigen bei den kreisfreien Städten eine Streuung zwischen 785 Euro in der Stadt Emden, 690 Euro in der Stadt Osnabrück an zweiter Stelle und 444 Euro in der Stadt Wilhelmshaven an letzter Stelle. Von den kreisangehörigen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden (einschl. ihrer Mitgliedsgemeinden) hatten die Gemeinden Bomlitz, Emstek und Isernhagen Pro-Kopf-Beträge über 1 200 Euro. Die niedrigsten Beträge je Einwohner erzielten Büddenstedt (199 Euro), Amt Neuhaus (231 Euro) und der gemeindefreie Bezirk Osterheide (238 Euro). In der Gemeinde Stadland übertrafen die Steuerrückzahlungen die Steuereinnahmen um 86 Euro je Einwohner.

Für die Landkreishaushalte, die über die Kreisumlage als mit Abstand ihrer wichtigsten Einnahmequelle an den Einnahmen (Realsteuern, Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern, allgem. Zuweisungen aus der Spielbankabgabe und Schlüsselzuweisungen) ihrer kreisangehörigen Gemeinden beteiligt werden, stellt sich die Situation entsprechend dar. Auch sie mussten in 2003 mit durchschnittlich 4,5 % weniger an Kreisumlage ihre Ausgaben finanzieren.

Bei der Betrachtung der bereinigten Einnahmen des Gesamthaushaltes kommt neben den Steuern als wichtigster kommunaler Einnahmequelle den Zuweisungen von Land (und Bund) als zweitgrößtem Einnahmenblock besondere Bedeutung zu. Hier werden die Finanzmittel zusammengefasst, die den Kommunalhaushalten von übergeordneten Körperschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden und die somit die originären Einnahmen ergänzen. Dazu zählen neben den Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs auch Anteile aus dem

3. Ausgaben der Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise nach Arten - 1. - 4. Vierteljahr 2003



Aufkommen der Spielbankabgabe sowie Zuweisungen für laufende Zwecke, Investitionszuweisungen und Schuldendiensthilfen. Diese Gruppe von Einnahmen hatte im Jahresergebnis ein Gesamtvolumen von 2 789 Mio. Euro (ohne Erstattungen), 12,6 % weniger als im Vorjahreszeitraum.

Die Zuweisungsmasse des Landes nach dem NFAG nahm gegenüber dem Vorjahr um 13,8 % auf 2 226 Mio. Euro ab. 223 Mio. Euro wurden davon als Finanzhilfen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in den Vermögenshaushalten eingenommen.

Gebühreneinnahmen gehen um 0,9 % zurück

Die Einnahmen an Gebühren und zweckgebundenen Abgaben weisen zwar einen Rückgang von 4,7 % (unbereinigt) gegenüber 2002 auf, der Vorjahresvergleich wird jedoch auch in 2003 in besonderem Maße durch Ausgliederungen gebührenstarker Bereiche aus den Kommunalhaushalten im Berichtsjahr verzerrt. Dennoch ergibt sich erstmals seit vielen Jahren für die in den Kommunalhaushalten verbliebenen Aufgaben ein Rückgang um 0,9 % bei dieser Einnahmenart.

Der Rückgang der Ausgaben um 6,7 % und der Einnahmen um 3,4 % in der Kapitalrechnung führte gegenüber dem Vorjahr zu einem Abbau der Unterdeckung der Ausgaben um 113 Mio. Euro auf 595 Mio. Euro.

Die Einnahmen der Kapitalrechnung waren in den letzten Jahren insbesondere durch die Veräußerung von Vermögen sprunghaften Veränderungen ausgesetzt. Die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen gingen um 5,5 % auf 613 Mio. Euro zurück. Über die Hälfte dieser Einnahmen entfielen auf Verkäufe von Grundstücken als Gegenstück zum Erwerb von Grundstücken.

Einnahmen in zweistelliger Millionenhöhe stellen die Ausnahme dar. Spitzenreiter ist die Stadt Braunschweig mit einem Betrag von 74 Mio. Euro, darunter Einnahmen aus der Veräußerung von Anteilen an einer Wohnungsbau-gesellschaft. An zweiter Stelle liegt die Landeshauptstadt Hannover mit 41 Mio. Euro.

Nur leichte Erhöhung des Schuldenstandes, aber Kas-senkredite steigen auf neuen Höchststand

Die Verschuldung insgesamt lag Ende des Berichtszeit-raumes nach ersten Ergebnissen der kommunalen Schuldenstatistik mit 8 247 Mio. Euro um 44 Mio. Euro wie schon 2002 knapp über dem Vorjahresendstand. Insge-samt wurden von den Kommunen am 31.12.2003 ein-schließlich der Schulden bei öffentlichen Haushalten im Landesdurchschnitt 1 032 Euro je Einwohner nachgewie-sen. In diesem Zusammenhang muss jedoch angeführt werden, dass der Einfluss der Schulden von im Berichts-jahr ausgegliederten Einrichtungen hier nicht genau quan-tifiziert werden kann. In der Tendenz wird dadurch der

Schuldenstand im Berichtsjahr zu niedrig dargestellt. Die in der Schuldenstatistik nachgewiesenen sonstigen Schuldenabgänge in Höhe von 160 Mio. Euro sind hauptsächlich auf Ausgliederungen zurückzuführen. Insgesamt muss wie im Vorjahr auch ohne Berücksichtigung der Ausgliederungen wieder von einem Schuldenwachstum ausgegangen werden.

Wie im Vorjahr waren auch am Ende 2003 neben einer Reihe von Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden und dem gemeindefreien Bezirk Osterheide auch 2 weitere Verwaltungseinheiten, die Gemeinde Dötlingen und der Samtgemeindebereich Harpstedt schuldenfrei. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung bei den kreisangehörigen Gemeinden wurde auf der Nordseeinsel Langeoog mit 2 863 Euro gefolgt von der Stadt Celle mit 1 998 Euro nachgewiesen. Die Pro-Kopf-Verschuldung der kreisfreien Städte variiert zwischen 22 Euro in Wilhelmshaven und 1 450 Euro in Delmenhorst, gefolgt von Wolfsburg mit 1 329 Euro. Die Kommunen mit dem höchsten Schuldenstand in Euro sind die Landeshauptstadt Hannover mit 701 Mio. Euro, gefolgt von der Region Hannover mit 404 Mio. Euro.

Als weitere Einnahmeart sei die Aufnahme von Kassenkrediten erwähnt. Diese Überbrückungskredite, die lediglich der Liquiditätssicherung dienen und aus Sicht der Finanzstatistik normalerweise eine unbedeutende Rolle spielen, haben Ende 2003 ihren bisherigen Höchststand von 2 878 Mio. Euro erreicht. Da der Stand der Kassenkredite zu einem festen Zeitpunkt abgefragt wird, sie somit keine kumulative Größe wie die Einnahme- und Ausgabearten darstellen und starken Schwankungen ausgesetzt sind, gibt ihre Höhe keinen genauen Eindruck von den daraus entstehenden Belastungen für die Kommunalhaushalte wieder. Zusätzlich können aber die im Jahr

aufgelaufenen Zinsen für äußere Kassenkredite aus der vierteljährlichen Kassenstatistik betrachtet werden. Sie beliefen sich im Berichtsjahr auf 80 Mio. Euro gegenüber 83 Mio. Euro im Vorjahr. Aufgrund des leichten Rückgangs erscheint der höhere Stand der Kassenkredite nicht auf den ersten Blick plausibel. Auch wenn die Inanspruchnahme von Kassenkrediten noch immer auf einem extrem hohen Niveau ist, stellte der erwähnte Höchststand bezüglich der Zinslast für die Kommunen keine Verschlechterung in 2003 dar.

Druck auf Kommunalfinanzen nimmt weiter zu

Insgesamt stellt sich die finanzielle Situation der Kommunen 2003 nochmals ungünstiger als in den fünf Vorjahren dar. Insbesondere gegenüber 2002 hat sich die Gesamtsituation deutlich verschlechtert. Die Zahl der Gemeinden mit Ist-Defiziten in den Verwaltungshaushalten und der hohe Stand an Kassenkrediten zeigt, dass viele Kommunen ihre Aufgaben kaum noch finanzieren können. Erschwerend kommt hinzu, dass die Einnahmeausfälle bei den Steuern und den Zuweisungen des Landes nicht kompensiert werden konnten.

Ob die in Gang gesetzte Reform des Gemeindehaushaltsrechts mit dem Ziel der Umstellung der Kommunalhaushalte auf ein doppeltes (kaufmännisches) Rechnungs- und Haushaltswesen bis Ende des Jahrzehnts eine Trendwende bringt, wird sich erst in einigen Jahren zeigen. Die zwei Modellkommunen (Stadt Uelzen und Samtgemeinde Dannenberg) haben die Umstellung bereits vollzogen, andere Kommunen wie z. B. die Stadt Salzgitter und die Gemeinde Katlenburg-Lindau befinden sich in der Vorbereitung. Zunächst führt diese Umstellung jedoch zu zusätzlichen Kosten.

Zusammenfassung: Staatsfinanzen

Die Ausgaben des Landes erreichten im Jahr 2003 einen Betrag von 22 181 Mio. Euro; sie blieben damit nahezu auf dem Stand des Vorjahres. Wichtigste Ausgabeposition waren weiterhin die Personalausgaben, die auf 8 669 Mio. Euro (+ 2,3 %) stiegen und damit 39,1 % der Gesamtausgaben ausmachten. Die Einnahmen beliefen sich im Jahr 2003 auf 19 128 Mio. Euro, was einen Zuwachs um 4,0 % bedeutete. Die weitaus überwiegende Einnahmequelle, nämlich die Steuern, erbrachte dem Land insgesamt 13 608 Mio. Euro. Das waren 246 Mio. Euro oder 1,8 % mehr als im Jahr 2002. Der sog. „Finanzierungssaldo“, die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben, war wiederum negativ und betrug 3 053 Mio. Euro. Dieser Betrag musste ganz überwiegend durch eine hohe Neuverschuldung am Kreditmarkt ausgeglichen werden.

Heinz-Jörn Christoff (Tel. 05 11/98 98-32 25)

Zusammenfassung: Kommunalfinanzen

Die niedersächsischen Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt wiesen im dritten Jahr in Folge einen negativen Finanzierungssaldo aus, und zwar in Höhe von 1 186 Mio. Euro. Die Personalausgaben stiegen um 0,7 % auf 3 950 Mio. Euro. Die Steuereinnahmen nahmen um 8,5 % ab, die Leistungen nach dem NFAG um 13,8 %. Insbesondere die Gewerbesteuer brachte den Gemeinden starke Einbußen. Die Verschuldung der Kommunen zeigte eine Steigerung um 44 Mio. Euro auf 8 247 Mio. Euro am 31.12.2003 – allerdings ohne Berücksichtigung der weiter gestiegenen Kassenkredite. In der Gesamtentwicklung der Kommunalfinanzen deutet nichts darauf hin, dass die schwierige Lage vieler Kommunen bezüglich ihrer Finanzsituation bald überwunden ist.

Karl-Heinz Haupt (Tel. 05 11/98 98-32 49)